

Antrag

**der Abgeordneten Krzysztof Walczak, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,
Detlef Ehlebracht, Olga Petersen, Thomas Reich, Marco Schulz (AfD)**

**Betr.: Hamburgs Tor für eine Schuldenunion schließen – „Corona-Bonds“
ablehnen!**

Die Corona-Krise belastet die Volkswirtschaften der Welt in erheblichem Ausmaß. Der Generaldirektor der Welthandelsorganisation, Roberto Azevêdo, rechnet mit einem Rückgang des Welthandels um 13 bis 32 Prozent und mit der „schlimmsten Rezession zu Lebzeiten“¹ Der Präsident des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg e.V., Gunther Bonz, geht von einem Rückgang der Ladungen am Hamburger Hafen von bis zu 50 Prozent für die kommenden zwei Monate aus.² In Deutschland und Hamburg ist mit massiven ökonomischen Schäden zu rechnen. Laut Bundesagentur für Arbeit haben inzwischen 22.500 Betriebe in Hamburg Kurzarbeit beantragt.³ Von der staatlichen Soforthilfe machten in Hamburg innerhalb von einer Woche 15.000 Betriebe Gebrauch, es wurden rund 160 Millionen Euro angewiesen.⁴

Für die staatlichen Haushalte ist diese Situation eine doppelte Belastung. Nicht nur die hohen Ausgaben für derlei Hilfsmaßnahmen, sondern auch die gleichzeitig ausfallenden Steuereinnahmen werden zu einem massiven Defizit führen. Vor diesem Hintergrund ist Bescheidenheit und Sparsamkeit in allen Bereichen von jetzt an unerlässlich, wenn die Politik neben dem bestehenden nicht einen weiteren Schuldenberg zulasten der kommenden Generationen auftürmen will.

Umso verwunderlicher ist die auch in der deutschen Politik weit verbreitete Forderung nach „Corona-Bonds“, also gemeinsamen Schuldverschreibungen der Eurozonestaaten:

- Das CDU-Bundesvorstandsmitglied Elmar Brok hält derartige Anleihen für „unvermeidbar“⁵. Eine Reihe weiterer Vertreter der Union äußerte sich ähnlich.

¹ ntv.de, bdk/AFP/dpa, Welthandel könnte um ein Drittel einbrechen, <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Welthandel-koennte-um-ein-Drittel-einbrechen-article21702877.html>, abgerufen am 16. April 2020.

² Kopp, Martin, Bonz: „Die Ladung im Hafen wird um 50 Prozent zurückgehen“, <https://www.abendblatt.de/wirtschaft/hafen-und-schiffahrt/article228892637/Bonz-Hamburg-Hafen-corona-krise-Ladung-50-Prozent-zurueckgehen-Praesident-Unternehmensverband-seehandel.html>, abgerufen am 16. April 2020.

³ NDR 90,3, Corona-Krise: Immer mehr Kurzarbeit in Hamburgs Betrieben, <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Corona-Krise-Immer-mehr-Kurzarbeit-in-Hamburgs-Betrieben,kurzarbeit180.html>, abgerufen am 16. April 2020.

⁴ Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Coronavirus – Information für Unternehmen, <https://www.hamburg.de/bwvi/medien/13707286/coronavirus-information-fuer-unternehmen/>, abgerufen am 16. April 2020.

⁵ kko/Reuters, Mehrere CDU-Politiker sprechen sich für Corona-Bonds aus, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-mehrere-cdu-politiker-sprechen-sich-fuer-corona-bonds-aus-a-59a84349-7659-470a-9820-ca6e5c7c77ba>, abgerufen am 16. April 2020.

- Der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans äußerte: „Jetzt wäre es Zeit für eine massive und gemeinsam verantwortete Gemeinschaftsanleihe in Form von Corona-Bonds.“⁶
- GRÜNEN Chef Robert Habeck fordert ebenfalls die Einführung gemeinsamer Anleihen.⁷

Spanien, Frankreich, aber insbesondere Italien drängen auf die Einführung von gemeinsamen Bonds. Italien lehnte sogar eine bereits beschlossene Hilfe in Höhe von knapp 40 Milliarden Euro im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ab und besteht weiterhin auf einer gemeinsamen Verschuldung aller Euro-Staaten.⁸

Dabei hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) Deutschland bereits jetzt zu erheblichen Transferzahlungen im Rahmen der Corona-Krise verpflichtet – ohne hierfür die Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen oder eine verlässliche Prognose über die Ausmaße der krisenbedingten Belastungen für die öffentlichen Haushalte abzugeben.

Am 10. April 2020 einigten sich die EU-Finanzminister hierzu auf folgendes Hilfspaket:⁹

- Eine Ausweitung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) um 240 Milliarden Euro.
- Ein zusätzliches Kreditprogramm durch die vom früheren FDP-Generalsekretär Werner Hoyer geleitete Europäische Investitionsbank (EIB) in Höhe von 200 Milliarden Euro.
- Ein Europäisches Kurzarbeiterprogramm „Sure“ mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro.

Vor dem Hintergrund der gewaltigen Lasten, welche die Corona-Krise für alle öffentlichen Haushalte in Deutschland und den Haushalt Hamburgs mit sich bringt und vor dem Hintergrund der bereits beschlossenen, massiven Finanzhilfen für Mitgliedstaaten der EU wären weitere Schritte in Richtung Transferunion und gemeinsame Verschuldung unverantwortlich und sind abzulehnen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

- I. Die Bürgerschaft stellt fest, dass
 1. die Corona-Krise zu gewaltigen Belastungen für die öffentlichen Haushalte in Deutschland führt und
 2. das genaue Ausmaß dieser Lasten und der unvermeidlichen Wirtschaftskrise zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbar sind.

⁶ dpa, Walter-Borjans für Corona-Bonds: „Geht um die Rettung Europas“, <https://www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-handel-und-finanzen-virus-walter-borjans-fuer-corona-bonds-geht-um-die-rettung-europas/25702898.html>, abgerufen am 16. April 2020.

⁷ Habeck, Robert, Die Ablehnung von Corona-Bonds schadet Deutschlands Interessen, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/robert-habeck-die-ablehnung-von-corona-bonds-schadet-deutschlands-interessen-a-4e393eb2-b8e5-4822-8289-2a4ef3767ca6>, abgerufen am 16. April 2020.

⁸ Steinwandter, Lukas, Italien pocht weiter auf Corona-Bonds, <https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2020/italien-pocht-weiter-auf-corona-bonds/>, abgerufen am 16. April 2020.

⁹ Schmutz, Christoph G., Die EU-Finanzminister einigen sich auf ein 540-Milliarden-Hilfspaket und schieben die Diskussion über gemeinsame Corona-Anleihen auf, <https://www.nzz.ch/wirtschaft/eu-finanzminister-einigen-sich-auf-540-milliarden-hilfspaket-ld.1551299>, abgerufen am 16. April 2020.

- II. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, sich gegenüber dem Bund und der Europäischen Union
 1. gegen eine gemeinsame Verschuldung der Staaten der Eurozone („Corona-Bonds“ und Ähnliches) einzusetzen,
 2. gegen weitere Finanztransfers innerhalb der Europäischen Union einzusetzen, solange das Ausmaß des aus der Corona-Krise resultierenden Schadens für Deutschland noch nicht absehbar ist, und
 3. sich gegen andere, sogenannte innovative Finanzinstrumente einzusetzen, die eine gemeinsame Verschuldung beinhalten.